der "Energiekrise" usw. daran schuld. So wollen die wahren Schuldigen, die privat- und staatskapitalistischen Monopole, die Ausgebeuteten gegeneinander ausspielen. Wissen doch die Kapitalisten, daß die Einheit aller arbeitenden und ausgebeuteten Menschen im Kampf für ihre eigenen Interessen das Ende der Kapitalsherrschaft bedeutet.

Immer deutlicher zeigt sich heute auf allen Gebieten, daß sich der Kapitalismus überlebt hat. Immer deutlicher zeigt sich, daß eine neue Gesellschaftordnung - Sozialismus und Kommunismus - an seine Stelle treten muß. Welcher Art wird diese neue Gesellschaftsordnung sein müssen?

"Sie wird vor allen Dingen den Betrieb der Industrie und aller Produktionszweige überhaupt aus den Händen der einzelnen, einander Konkurrenz machenden Individuen (heute würden wir sagen: aus den Händen des "privaten" und staatlichen Monopolkapitals - d.Red.) nehmen und dafür alle diese Produktionszweige durch die ganze Gesellschaft, d.h. für gemeinschaftliche Rechnung und nach gemeinschaftlichem Plan und unter Beteiligung aller Mitglieder der Gesellschaft, betreiben lassen müssen. Sie wird also die Konkurrenz aufheben und die Assoziation (d.h. die Vereinigung, den Zusammenschluß - d.Red.) an ihre Stelle setzen. ... Das Privateigentum (d.h. nicht etwa das Auto, Eigenhaus u.dgl., was sich die arbeitenden Menschen durch ihre Arbeit erworben haben, sondern gemeint ist das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln, den Fabriken, Maschinen usw. - d.Red.) wird ebenfalls abgeschafft werden müssen, und an seine Stelle wird die gemeinsame Benutzung aller Produktionsinstrumente und die Verteilung aller Produkte nach gemeinsamer Übereinkunft oder die sogenannte Gütergemeinschaft treten." (Friedrich Engels, "Grundsätze des Kommunismus", 1847).

Daß diese Worte Hand und Fuß haben, das wird heute durch die Praxis des chinesischen Volkes glänzend bewiesen, das besonders seit der Kulturrevolution auf allen Gebieten große Erfolge erzielt hat und die Grundsätze des Marxismus in die Wirklichkeit umsetzt. China zeigt damit auch uns den Weg. Den Weg der sozialistischen Revolution in Österreich.

Drucksache

70-Groschen-Marke

An die
Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)
1205 Wien
Postfach 3

„Für die Volksmacht", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße Nr. 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerninggasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.

Kein Öl für Nepal



Nepal hat die Annexion des kleinen Himalayastaates Sikkim durch Indien entschieden verurteilt. Die indische "Antwort" darauf entspricht genau dem Charakter der indischen Herrscher-Clique. Mit 1.1.1975, so verkündete die indische Regierung, werde kein Erdöl mehr nach Nepal geliefert. Damit hat Indien nicht nur den Geist und Buchstaben des zwischen den beiden Ländern bestehenden Handels- und Transitabkommens verletzt, sondern zugleich einen offenkundigen Akt politischer Erpressung gesetzt. Die indischen Reaktionäre können nicht einmal die eigene Bevölkerung ernähren, aber als "Atommacht" protzen, Nachbarstaaten annektieren und tyrannisieren und sich gewissermaßen als "Mini-Supermacht" gebärden - dazu fühlen sie sich imstande. Daß sie zu diesen Handlungen von den russischen Imperialisten "inspiriert" und von diesen dabei unterstützt werden, das ist ja bekannt. Mit Hilfe der indischen Reaktionäre wollen die Sozialimperialisten durch Schüren von Unruhe auf dem indischen Subkontinent ihren Einfluß stärken und fester Fuß fassen.

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nummer 95, Februar 1975

Die „Zuckerschlacht"



in Österreich ist vorläufig beendet. Wie es Kenner der österreichischen Innenpolitik nicht anders erwartet haben, brachte sie einen vollen Erfolg der Zuckerbarone. Auf der Strecke blieben, wie auf vielen anderen Gebieten, die arbeitenden Menschen, deren Löhne trotz „Lohnrunde" und Steuerreform immer knapper werden. Die scheinbare Rauferei um den Zuckerpreis zwischen Handelsminister und Zuckermonopolen hat klar gezeigt, daß für die arbeitende Bevölkerung die unbedingte Notwendigkeit besteht, mit den Praktiken der Kapitalisten aufzuräumen.

Jahrelang hat ein Gesetz dem Zuckerkartell weit höhere Zuckerpreise als am Weltmarkt erlaubt. Billiger Zucker durfte nicht eingeführt werden. Dazu kommt, daß den Bauern die Anbaufläche für Zuckerrüben kontingentiert wurde, um eine Überproduktion zu verhindern.

Als die Weltmarktpreise für Zucker stiegen, entdeckten die Zuckerbarone ein Mittel, um mit einem Schlag Superprofite zu scheffeln: den Streik. Genauer gesagt: den Zucker-Auslieferungsstreik. (Merke: Ein Streik ist nur dann etwas Böses, wenn er von Arbeitern durchgeführt wird.) Was an Zucker noch nicht ins Ausland verschoben worden war, wurde zurückgehalten. Eine wunderbare Handhabe dazu lieferte der Handelsminister, als er eine Art „Rationierung" vorschrieb.

Aber nun war man soweit; man begann mit dem Zucker Verstecken zu spielen. In den Geschäften wurde der Zucker rar, und es begann angesichts der kommenden Nationalratswahl die erste „harte Konfrontation". Die SPÖ-Führung entdeckte wieder den sonst so verpönten Klassenkampf und ein paar Pseudolinke durften vorübergehend von „Verstaatlichung" reden und „mit allen Mitteln die Arbeiterinteressen vertreten". Die ÖVP wieder vergatterte die Bauern gegen die „rote Regierung" und sprach (ausgerechnet sie!) von der Interessensvertretung des kleinen Mannes gegenüber einer ruinösen Wirtschaftspolitik. Und die ‚K'PÖ-Revisionisten priesen sich als Retter in der Not an — allerdings unter der Voraussetzung, daß in Zukunft auch ihre eigenen Bonzen ins Parlament kämen.

Der ganze Schwindel entlarvte sich jetzt mit der „zufriedenstellenden Einigung" auf Sozialpartnerschaftsebene. Wobei wohlweislich darauf hingewiesen wird, daß in einigen Monaten die nächste Zuckerpreiserhöhung fällig sein muß.

Im kapitalistischen Österreich werden wir solche „Schlachten" noch oft erleben. Und zwar solange, bis wir zur Erkenntnis kommen: Weg mit dieser Gesellschaftsordnung!

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas

Die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) beglückwünscht die chinesischen Kommunisten und das ganze chinesische Volk zur erfolgreichen Abhaltung der 1. Session des 4. Gesamtstaatlichen Volkskongresses der Volksrepublik China.

Die Dokumente und Beschlüsse des Volkskongresses, vor allem die neue Verfassung der Volksrepublik China, sind Ausdruck und wesentliche Grundlage der Konsolidierung der gewaltigen Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution. Sie sind gleichzeitig Ausgangspunkt für die Weiterführung der sozialistischen Revolution und für eine neue stürmische Entfaltung des sozialistischen Aufbaus. Sie sind damit auch ein Schlag gegen die reaktionäre Propaganda in den kapitalistischen Ländern, die von einem "Abblasen" der Revolution schwätzt.

Der große Produktionsaufschwung in der Volksrepublik China auf allen Gebieten – bei seit Jahrzehnten stabilen Preisen und beim Nichtvorhandensein in- und ausländischer Schulden – zeigt die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus, der sich in einer schweren, weltweiten Wirtschaftskrise befindet.

Mit dem klaren Bekenntnis zum proletarischen Internationalismus, zur Solidarität mit den anderen sozialistischen Ländern und den unterdrückten Volksmassen und Nationen der ganzen Welt sowie mit der konsequenten Kampfansage an den Hegemonismus der beiden Supermächte bei gleichzeitiger Bekräftigung der Entschlossenheit der Volksrepublik China, niemals eine Supermacht zu werden, wird dem weltweiten Kampf der unterdrückten Volksmassen und Nationen eine große Hilfe geleistet.

Wir österreichischen Marxisten-Leninisten schöpfen aus den Dokumenten der 1. Session des 4. Gesamtstaatlichen Volkskongresses der Volksrepublik China neue Kraft für unseren Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus, gegen den modernen Revisionismus und gegen die bürgerliche Führung der Sozialdemokratie, für die Lebensinteressen des werktätigen Volkes und für die Wahrung der nationalen Unabhängigkeit unseres Landes, für die Schaffung der Voraussetzungen zum Aufbau einer marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei, für die sozialistische Revolution in Österreich.

Es lebe die sozialistische Volksrepublik China!

Hoch der Marxismus, der Leninismus, die Maotsetungideen!



Beschluß

Wir kennen den Alltag des kapitalistischen Systems: Inflation, Preissteigerungen, Lohndruck, Arbeitshetze, Arbeitslosigkeit usw. In jüngster Zeit hat sich am "Gerangel" um den Zuckerpreis deutlich gezeigt, daß die arbeitenden Menschen in unserem Land nichts anderes als moderne Sklaven sind, die nichts zu reden und zu wollen haben, sondern immer nur kuschen sollen.

Die Verhältnisse im kapitalistischen Österreich, denen das werktätige Volk ausgeliefert ist, schreien nach einer Änderung. Die Perspektive heißt: Sozialistische Gesellschaftsordnung.

Wir Marxisten-Leninisten sind uns über diese Perspektive klar und auch uber den notwendigen Weg dorthin. Nach dem oftmaligen Verrat durch die SPÖ-Führer, der Rückentwicklung der Sowjetunion zu einer imperialistischen Supermacht und damit verbunden die revisionistische Entartung der KPÖ, herrscht aber in der österreichischen Arbeiterschaft Resignation und Mißtrauen uns gegenüber beim Kampf um die Schaffung der notwendigen revolutionären Partei der Arbeiterklasse und der Organisierung des Klassenkampfs. Die Arbeiter fürchten, daß sie wieder neue Bonzen an die Macht bringen.

Was Diktatur des Proletariats heißt, was Volksmacht ist, wie sich die sozialistische Gesellschaftsordnung gestaltet, vor allem aber, wie die werktätigen Massen tatsächlich die Macht ausüben und erhalten können, beweist sich am Beispiel der Volksrepublik China. Die Dokumente der 1. Session des IV. Volkskongresses in China sind für uns ein wertvolles Mittel in den Diskussionen mit unseren Klassenbrüdern über die Notwendigkeit des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Deshalb wurde der Beschluß gefaßt, daß diese Dokumente gründlich studiert werden, daß sie in breitem Ausmaß kolportiert werden, daß darüber in Betrieben und Wohnbezirken Diskussionen organisiert werden mit dem Ziel, zur Hebung des Klassen- und Kampfbewußtseins der Arbeiter beizutragen und die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (M-L) zu stärken.

Wien, 9. II. 1975 ●

Nur die Einheit macht stark



Am 1. und 2. Februar fand in Salzburg eine Beratung marxistisch-leninistischer Organisationen statt. Thema: Die Vereinheitlichung der marxistisch-leninistischen Bewegung in unserem Land. Nachstehend die Stellungnahme dazu, die Genosse Jocha im Namen unserer Organisation abgegeben hat.

Wir begrüßen diese heutige Konferenz, liegt sie doch auf der Linie unseres Artikels in der "Volksmacht" Nr. 84 (vom März 1974), in dem wir auf die Notwendigkeit der gegenwärtig größtmöglichen Einheit der österreichischen Marxisten-Leninisten hingewiesen haben.

Die Inangriffnahme dieser Konferenz aber wirft ein bezeichnendes Licht auf die Art, wie oftmals Dinge in Angriff genommen werden: Zehn Tage vom Vorschlag einer Konferenz bis zur Abhaltung können als Vorbereitungszeit nicht genügen. Sie widersprechen einem notwendigen Prinzip, daß wir an unsere Aufgaben überlegt und gut vorbereitet herangehen müssen. Für die VRA liegt klar auf der Hand, daß dies keine zufällige Erscheinung ist. Sie ist ein Teil einer Schwäche, die ihren Ausdruck auch auf ideologischem Gebiet findet.

Kommen wir aber zur Sache. Dieser Konferenz liegen zwei "Papiere" als Diskussionsgrundlage vor. Das Rundschreiben Nr. 14 und ein Brief des KB Wien, gezeichnet von W. Lindner. Sie sind sehr widersprüchlich und sie veranlassen uns zu der Feststellung, daß diese Konferenz nur dann ein erfolgreicher Schritt vorwärts sein kann, wenn wir sie als eine Standpunkterörterung betrachten und danach handeln. Diesbezüglich halten wir den Brief des KB Wien für annehmbar und richtungsweisend. Absolut muß jede Tendenz bekämpft werden, die die Meinungsverschiedenheiten durch "Ausschluß" aus der Debatte regelt. Dies zu sagen ist naheliegend aufgrund der Innsbrucker Ereignisse. Selbstverständlich hat jede Gruppe das Recht auf organisatorische Selbständigkeit. Aber ohne Kenntnisse der Tatsachen kann man absolut nicht festlegen, daß diese oder jene Gruppe der Konferenz zugezogen wird oder fernbleiben muß. Ohne einen entschiedenen und umfassenden Meinungskampf geführt zu haben, wäre es falsch, der Argumentation des Klassenfeindes recht zu geben, wonach sich die Marxisten-Leninisten nur durch Spaltung vermehren. Warum also der Rahmen dieser Konferenz enger gesteckt wurde als möglich war, verstehen wir nicht.

Wir haben unseren Artikel über die Einheit nach einer Einschätzung der internationalen und nationalen Situation getroffen. Die stets zunehmende Konkurrenz der beiden Supermächte USA und Rußland um die Weltherrschaft erhöht die Gefahr des imperialistischen Krieges enorm. Die weltweite politische und wirtschaftliche Krise des Kapitalismus verschärft den Klassenkampf in jedem kapitalistischen Land immer mehr. Wir sind der Meinung, daß – wenn die steigende Unzufriedenheit der werktätigen Massen nicht auf den revolutionären Weg gelenkt werden kann – diese Unzufriedenheit ins faschistische Fahrwasser gelenkt wird und der Gewalt der Kapitalistenklasse nicht die Gegengewalt der Arbeiterklasse entgegengesetzt werden kann. Um ihre historische Aufgabe erfüllen zu können, braucht die Arbeiterklasse aber ihre revolutionäre Partei. Diese Partei, die es in unserem Land gegenwärtig nicht gibt, zu schaffen, haben wir immer als unsere

Aufgabe betrachtet, und dieser Aufgabe haben wir alle unsere Tätigkeiten untergeordnet. Um dabei weiterzukommen haben wir den erwähnten Artikel in seiner Aufrufform geschrieben und wir haben auch eine Einschätzung der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich diesem Artikel zugrunde gelegt.

Ganz bewußt haben wir von der "größtmöglichen Einheit" geschrieben, weil uns klar war und ist, daß eine Einheit, wie sie sich manche Genossen vorstellen, in Form einer nationalen Organisation nach marxistisch-leninistischen Grundsätzen aufgebaut, wie sie faktisch einmal auch die revolutionäre Partei des Proletariats haben muß, noch nicht zu verwirklichen ist, weil unsere Meinungsverschiedenheiten das nicht zulassen. Tatsächlich haben wir uns vorgestellt - und stellen uns heute erst recht vor -, daß wir Einrichtungen - wie etwa eine Kommission - schaffen und gemeinsame Kampfpunkte festlegen, die uns beim Kampf um die Schaffung einer Partei weiterführen, die so weit als möglich gesamtösterreichisch in Angriff genommen werden und uns vor allem durch die Praxis der Kämpfe helfen werden, die Meinungsverschiedenheiten über die Theorie des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen auszuräumen. Die Erfahrungen des Kampfes gegen die Tariferhöhungen in Wien bestätigen diese Linie.

Wollen wir unsere Meinungsverschiedenheiten überwinden - und nur dann kann man sich eine einheitliche Organisation vorstellen -, dürfen wir uns nicht auf abstrakte theoretische Diskussionen orientieren, sondern müssen wir unbedingt die praktischen Erfahrungen berücksichtigen.

Wenn wir die Frage einer nationalen Organisation stellen, wie sie in den verschiedenen Stellungnahmen von KB's angeschnitten wurde, so müssen wir von der VRAÖ(ML) auf die Entstehung, die organisatorischen und statutenmäßigen Grundlagen unserer Organisation hinweisen. Nach der Spaltung der marxistisch-leninistischen Bewegung durch Strobl und nach ungefähr einem Jahr der Sammlung von Kräften haben wir eine nationale Organisation auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus gegründet. Für uns erhebt sich nicht die Frage der Schaffung einer nationalen Organisation, wir sind eine. Für uns erhebt sich vielmehr die Frage: Wieso kann diese Organisation nicht als Grundlage der nationalen Organisation der Marxisten-Leninisten in Österreich dienen, die es anzustreben gilt, wie gesagt wird.

Zweifellos sind wir eine kleine Organisation. Zweifellos haben wir Fehler begangen und haben wir Schwächen. Aber das wäre absolut kein Grund gewesen, will man den Kampf auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus aufnehmen, sich dieser Organisation nicht anzuschließen. Über diese Frage muß nachgedacht werden. Es gibt fast keine objektiven Gründe zur Rechtfertigung einer "Theorie" "Zirkelwesen war notwendig". Es ist das subjektiv bedingt gewesen und falsch, es war unmarxistisch. An dieser Theorie festzuhalten heißt nach wie vor unehrlich an die Sache herangehen, heißt ideologische Schwächen zu haben.

Im entschiedenen Kampf gegen den Revisionismus haben wir den Marxismus-Leninismus verteidigt. Das war die Grundlage des Zusammenschlusses der Genossen in der VRAÖ zur VRAÖ(ML). Für uns hätte es sonst keine Notwendigkeit des Zusammenschlusses und der Schaffung einer Organisation gegeben. Und es ist eine Tatsache: Verteidigt man den Marxismus-Leninismus gegen den Revisionismus, so finden sich über alle Entfernungen hinweg Genossen auf der richtigen Grundlage zusammen. Es kann keine "Zirkeltheorie" geben, weil man sonst nicht den Revisionismus bekämpfen kann.

Das heißt nun nicht, daß wir die überwiegend jungen und aus studentischen Kreisen kommenden Genossen der verschiedenen KB's dafür verantwortlich machen können, daß sie solche Gedankengänge nicht haben. Wenn etwa am 1. Mai 1972 in Wien die MLS am Ende der Revisionistendemonstration an unserem Kundgebungsplatz vorbeimarschiert ist und Flugblätter verteilt hat, in denen die "K"PÖ als "einzige Arbeiterpartei" bezeichnet worden ist, dann ist das nicht verwunderlich. Die Umstände und Bedingungen ihres Eintritts in den revolutionären Kampf waren mannigfaltig und verschieden. Sie haben sich diesem Kampf zugewendet, weil sie den revolutionären Weg des Marxismus-Leninismus als richtig erkannten. Das beweist die außerordentliche Ausstrahlungs- und Überzeugungskraft des Marxismus-Leninismus, wie wir in unseren "Perspektiven der revolutionären Bewegung in Österreich" festgestellt haben. Aber Erfahrungen mit dem Revisionismus hatten diese studentischen Gruppen keine oder nur sehr wenige.

Wir schneiden diese Frage besonders deshalb an, weil sie uns symptomatisch erscheint und auf die Ursachen der Meinungsverschiedenheiten zwischen uns hinweist.

Die KB's sind in einer Zeit entstanden, als die Unzufriedenheit mit dem bestehenden kapitalistischen System und die Rebellion dagegen besonders an den Hochschulen breitere Ausmaße erreichte. Nach Irrungen und Wirrungen hat sich der fortschrittlichste Teil der studentischen Jugend dem Marxismus-Leninismus zugewendet und benützt diesen jetzt als Anleitung zum Handeln in seiner Aktivität. Dabei konnte man sich aber nur auf die Theorie stützen, denn es fehlte jede Erfahrung aus der Anwendung des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen in der Praxis des Klassenkampfs. Die Verbindung mit der VRA wurde nicht angestrebt und eine andere Arbeiterorganisation mit Verbindung zur Tradition und revolutionären Praxis der österreichischen Arbeiterklasse gibt es in unserem Land nicht.

Das war ein Fehler. Gewissermaßen nach dem Motto: "jeder muß oder will seine eigenen Erfahrungen sammeln", begann man den wissenschaftlichen Sozialismus "neu zu entdecken" und entwickelte daraus "Theorie und Praxis", die wir in vielen wichtigen Fragen als unrichtig bezeichnen.

Zu unseren wichtigsten Prinzipien gehört das von Kritik und Selbstkritik. Wenn wir die Vereinheitlichung der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich ernsthaft betreiben wollen, müssen wir dieses Prinzip auch anwenden. Fehler müssen analysiert und herausgearbeitet werden. Sie dürfen nicht mittels falscher Theorien "gerechtfertigt" werden, wie etwa der, "Zirkelwesen war notwendig". Wir müssen uns an das aus den Massen geschöpfte Prinzip der Dreierverbindung zwischen jungen, mittelaltrigen und alten Genossen halten und gegenseitig voneinander lernen. Wir dürfen nicht organisationsmäßig vergattert an die Diskussion unserer Meinungsverschiedenheiten herangehen, sondern müssen trachten, entschieden aber ehrlich, den Kampf um die richtige proletarisch-revolutionäre Linie zu führen. Nur so werden wir Schritte zur Einheit setzen können.

Wir sehen in einer Analyse der konkreten internationalen und nationalen Situation die beste Möglichkeit an unsere Meinungsverschiedenheiten heranzukommen. Wir schlagen daher betreffs der Tagesordnung vor, darüber als ersten Punkt zu diskutieren.

★

(Die Diskussion über so eine Analyse wurde nicht auf die Tagesordnung gestellt d. Red.) ●

Südvietnam

Verbrechen des Thieu-Regimes...

- In den letzten zwei Jahren 58.800 Angriffe auf die befreiten Gebiete.
- Vom 28. Jänner 1973 bis zum 30. November 1974 zerstörte Saigon 1.728 Dörfer.
- Seit der Unterzeichnung des Pariser Vietnamabkommens fanden 379.000 Polizeiaktionen zur Unterdrückung des Volkes in den Saigoner Gebieten statt.
- 1,650.000 Menschen werden in 333 Konzentrationslagern festgehalten.
- 200.000 politische Gefangene und 15.000 Kriegsgefangene sind noch immer inhaftiert.

... und ihre Bestrafung

Im vergangenen Jahr hat das vietnamesische Volk große Siege errungen und dem Thieu-Regime für die Verletzung des Pariser Vietnamabkommens eine gebührende Antwort erteilt:

- 255.000 Soldaten Saigons wurden von den Verteidigern der befreiten Gebiete vernichtet.
- 13 Militärsektoren und Distriktstädte wurden zurückerobert.
- 4.500 Stützpunkte Thieus wurden eingenommen.
- 170 Dörfer und 1.600 Weiler, die Thieu entgegen den Bestimmungen des Vietnamabkommens an sich gerissen hatte, wurden wiedererobert und 1,220.000 Menschen befreit.
- 4.000 Panzer, Panzerwagen und andere Militärfahrzeuge Saigons wurden zerstört, ebenso 500 Geschütze.
- 217 Munitionsdepots wurden vernichtet, 32 Millionen Liter Treibstoff und Öl verbrannt.
- Ferner sprengten die südvietnamesischen Befreiungskämpfer 325 Brücken, 420 Kriegsschiffe und Boote des Feindes wurden versenkt.
- 518 Flugzeuge Thieus wurden abgeschossen bzw. am Boden zerstört.
- 33.000 Waffen aller Art sind von der Befreiungsarmee erbeutet worden.

(Siehe auch Seite 11)

Kissingers Drohung, die USA würden "notfalls" die Erdölfelder des Nahen Ostens militärisch besetzen, hat eine weltweite Aufregung hervorgerufen. Die Wiener Landesgruppe der VRA hat sich am 11. Jänner mit der realen Kriegsgefahr, die durch das Interview des amerikanischen Außenministers in Reichweite gebracht wurde, eingehend beschäftigt und ist nach gründlicher Diskussion, an der sich viele Genossen beteiligten, zu vorläufigen Schlußfolgerungen gelangt, die wir - unbeschadet künftiger Artikel über einzelne Punkte des Problems - nachstehend kurz festhalten wollen, damit sich alle unsere Genossen und Leser über diese äußerst wichtige Angelegenheit Gedanken machen und ihre Arbeitskollegen entsprechend aufklären können.



Kissingers Kriegsdrohung

In einem der Wochenschrift des amerikanischen Monopolkapitals "Business Week" am 2. Jänner 1975 gegebenen Interview drohte Außenminister Kissinger, die USA würden "notfalls", d.h. wenn westliche Industriestaaten Gefahr liefen, durch eine neuerliche Anwendung des Erdöls als Waffe seitens der Araber "stranguliert" (= "erwürgt") zu werden, die Erdölfelder des Nahen Ostens militärisch zu besetzen versuchen. Diese Äußerung wurde in der ganzen Welt als wohlüberlegte, präzis formulierte Kriegsdrohung des US-Imperialismus aufgenommen. Denn sowohl Präsident Ford als auch Verteidigungsminister Schlesinger haben sich gleich darauf, zum Teil sogar zu wiederholten Malen, mit den gleichen Worten uneingeschränkt und eindeutig zu dieser Erklärung Kissingers bekannt. Mehr noch: Das Interview wurde von Henry Kissinger in der Weihnachtswoche zurechtgefeilt, als er in Begleitung von Vizepräsident Nelson Rockefeller auf dessen Besitzung in Puerto Rico "Urlaub" nahm.

Deshalb ist Kissingers Neujahrsinterview ein Warnsignal für die Menschheit. Kein Wunder, daß jetzt auch Papst Paul VI. bei seinem traditionellen Neujahrsempfang erklärte (was Marxisten-Leninisten seit langem klar ist), daß die Nachkriegszeit sich nunmehr in eine Vorkriegszeit gewandelt hat, und daß das "Gleichgewicht des Schreckens" der beiden Supermächte - USA und UdSSR - nicht den Frieden, sondern einen dritten Weltkrieg verheißt.

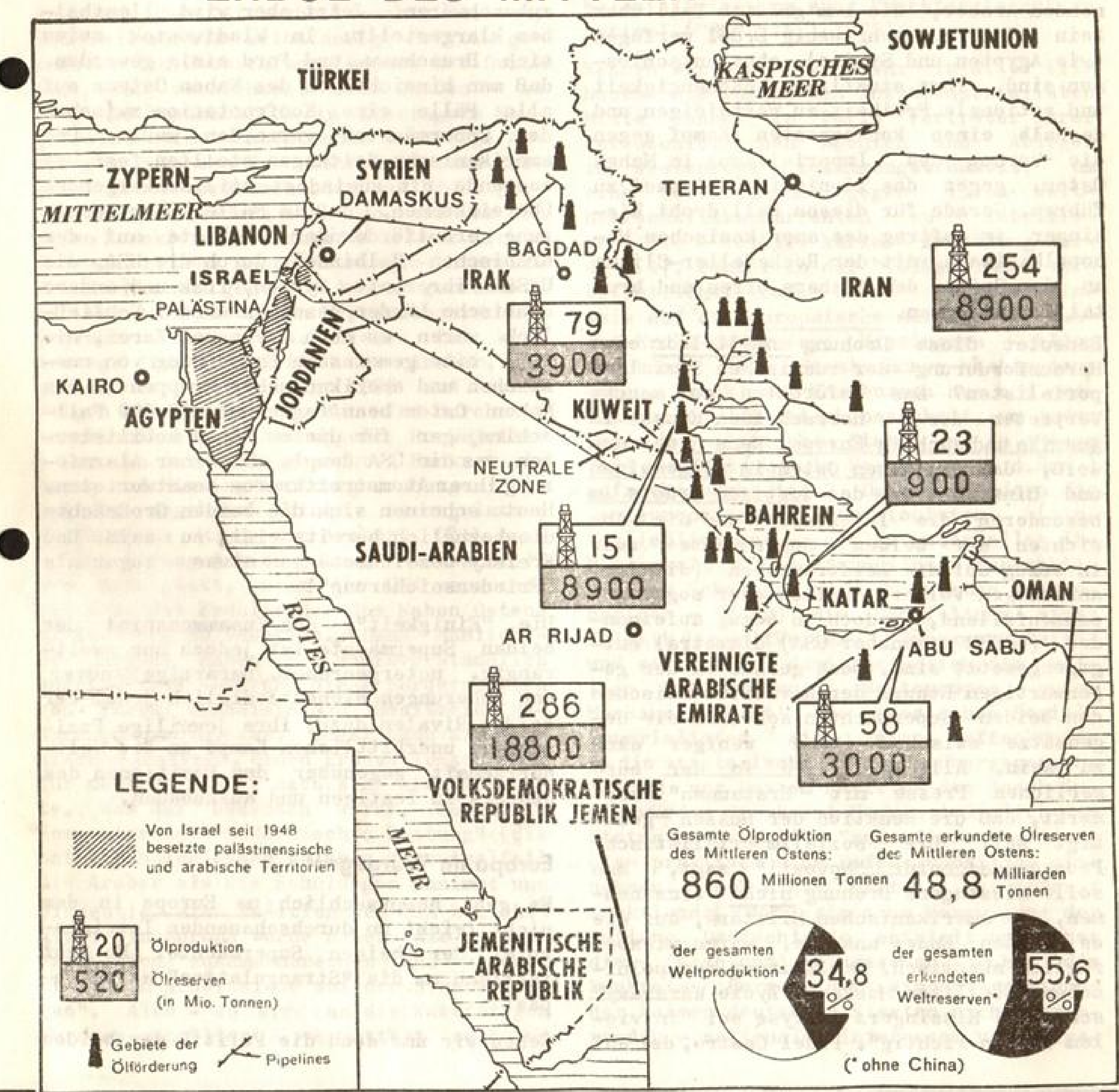
Der Kernsatz im Kissinger-Interview lautet: "Ich sage <u>nicht</u>, daß es <u>keine</u> Umstände gäbe, wo die USA nicht Gewalt anwenden würden" (nämlich gegenüber den arabischen Erdölförderländern). Diese superdiplomatische dreifache Verneinung bedeutet immerhin die klare Bejahung einer beabsichtigten Gewaltanwendung. In welchem Fall? Nicht etwa, um die derzeitigen Rohölpreise herabzusetzen, sagte Kissinger. Das wäre zwar, so fügte er hinzu, theoretisch möglich, würde aber die Gesellschaftsordnung von Iran und Saudi-Arabien (die den US-Imperialisten in den Kram paßt) gefährden. Es gehe also nicht um die Preise fürs Erdöl, sondern um seine Benützung als politische <u>Waffe.</u>

Rivalität und Zusammenspiel der Supermächte

Das muß man untersuchen. Das ist für uns, österreichische Arbeiter, äußerst wichtig. Denn man will uns ja einreden, daß der Anstieg der Rohölpreise für die uns aussackelnde Inflation verantwortlich wäre. Nun bestätigen aber kapitalistische Fachleute, daß höchstens zwei Prozent der Inflationsrate dieser Preissteigerung zuzuschreiben sind, einer Teuerung, die sogar in Österreich, das ziemlich zuunterst in der Skala der OECD-Inflationsländer liegt, im abgelaufenen Jahr 9,5 Prozent betragen hat. Also geht es den Rockefellers nicht etwa um eine Herabsetzung der Rohölpreise. Warum denn auch? Haben sie doch gerade an ihrer <u>Hinaufsetzung</u> mehr profitiert als in dutzenden Jahren zuvor, dient ihnen doch gerade die (infolge der sich ausdehnenden Schere zwischen gleichbleibenden oder gar gedrückten Rohstoffpreisen einerseits und den rasant und stetig steigenden Preisen für industrielle Fertigwaren wie Maschinen, Autos usw. andererseits) Ende 1973 erfolgte Erhöhung der Rohölpreise als Vorwand für eine noch weit bedeutendere Steigerung der Preise für die von ihnen den Konsumenten gelieferten Mineral<u>ölprodukte!</u>

Natürlich wissen die Imperialisten, daß die Erhöhung der Rohölpreise das Signal für alle rohstoffproduzierenden Entwicklungsländer ist, den ungleichen Austausch auf dem Weltmarkt zu beenden und eine <u>neue Weltwirtschaftsordnung</u> herbeizuführen, bei der jedes Land selbständig und von außen ungehindert über seine Hilfsquellen verfügen kann und bei der eine Gleichwertigkeit im Austausch zwischen Rohmaterialien und Agrarprodukten auf der einen und industriellen Fertigwaren auf der anderen Seite hergestellt wird. Dieser weltgeschichtlichen Kampfansage an den Imperialismus, vor allem an die beiden Supermächte - USA und UdSSR - wagt Kissinger nicht offen entgegenzutreten. Im Gegenteil: In bezug auf eine offene Kanonenboot-Politik in dieser Richtung gibt er freimütig zu: "Ein sehr gefährlicher Kurs. Wir sollten aus dem Vietnam-Konflikt gelernt haben, daß es leichter ist, in einen Krieg hineinzugeraten als aus ihm wieder herauszukommen." Das heißt natürlich nicht, daß der US-Imperialismus klein beigibt; im Gegenteil: Er wird (ebenso wie der russische Sozialimperialismus, wie

ERDÖL DES MITTLEREN OSTENS



Stand der Zahlen: 1972

alle Reaktionäre) immer wieder versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Natürlich vergebens.

Worum es dem US-Imperialismus - gemäß dem Kissinger-Interview vom 2. Jänner - zunächst geht, wird klar darin festgestellt: Sollten die Araber im Falle einer neuerlichen Aggression des israelischen Zionismus abermals (wie im Oktober 1973) das Erdöl als Waffe benützen, dann wäre das ein "casus belli" (= Kriegsfall). Es geht also nicht gegen "eine Handvoll Scheichs", die sich an hohen Erdölpreisen "bereichern", wie die kapitalistischen Massenmedien den arbeitenden Menschen einreden wollen, sondern es geht gegen die mehr als 100 Millionen zählenden und mit Recht auf die Unterstützung von zwei Milliarden Menschen der Dritten Welt rechnenden Araber, die zum größten Teil über kein oder nur sehr wenig Erdöl verfügen (wie Ägypten und Syrien), aber entschlossen sind, ihre staatliche Unabhängigkeit und nationale Freiheit zu verteidigen und deshalb einen konsequenten Kampf gegen die Vorhut des Imperialismus im Nahen Osten, gegen das zionistische Israel zu führen. Gerade für diesen Fall droht Kissinger im Auftrag des amerikanischen Monopolkapitals mit der Rockefeller-Clique an der Spitze den Arabern offen und brutal den Krieg an.

Bedeutet diese Drohung unmittelbar eine Herausforderung der russischen Sozialimperialisten? Das befürchten so manche Vertreter der herrschenden Klasse in Amerika und auch in Europa. Denn jedermann weiß, daß im Nahen Osten im allgemeinen und hinsichtlich des dortigen Erdöls im besonderen die Interessen und die Absichten der beiden Supermächte zwar in bezug auf die Leidtragenden (die dort ansässigen Völker) ähnlich oder sogar zusammenfallend, jedoch in bezug aufeinander (UdSSR gegenüber USA) diametral entgegengesetzt sind. Doch gerade in der gegenwärtigen Etappe der Rivalität zwischen den beiden Supermächten scheinen die Gegensätze zwischen ihnen weniger akut zu sein. Allgemein wird in der bürgerlichen Presse mit "Erstaunen" vermerkt, daß die Reaktion der Russen "gemäßigt" sei. Die sozialimperialistische Propagandaagentur "Novosti" sagt, man solle Kissingers Drohung nicht ernstnehmen, die amerikanischen Militärs, auf die es letzten Endes ankomme, wären diesbezüglich skeptisch. Die Zeitung des polnischen Satelliten Moskaus "Zycie Warszawy" schreibt, Kissingers Analyse sei "in vielen Teilen richtig". Fidel Castro, der auf der 4. Konferenz der paktfreien Länder in Algier 1973 vehement den sozialimperialistischen Standpunkt vertrat, es gäbe angeblich keinen Gegensatz zwischen reichen und armen Ländern, letztere müßten sich den Zielen und Befehlen Moskaus unterordnen, verurteilte kürzlich die Verwendung des Erdöls als Waffe, indem er sagte, dies wäre eine "zweischneidige Waffe", würde also angeblich die Entwicklungsländer selbst verletzen. Man sieht also, daß die Sozialimperialisten angesichts der Kissinger-Erklärung keineswegs zum Sturm bliesen.

Die Erklärung dafür: Schon seit vielen Monaten wird darüber diskutiert, ob die USA eine militante Nah-Ost-Politik einleiten und durchführen könnten, ohne einen "Globalkonflikt" mit der UdSSR heraufzubeschwören. Jetzt aber wird allenthalben klargestellt: In Wladiwostok seien sich Breschnew und Ford einig geworden, daß man hinsichtlich des Nahen Ostens auf alle Fälle eine Konfrontation zwischen den Supermächten vermeiden müßte. Und amerikanische Zeitungen stellten fest, es bestünde ein zumindest stillschweigendes Übereinkommen, daß im Falle einer Besetzung erdölfördernder Gebiete auf der arabischen Halbinsel durch die USA, die UdSSR ihrerseits Syrien, Irak und andere arabische Länder besetzen würde. Schließlich waren es doch die neuen Zaren, die 1973 eine gemeinsame Entsendung von russischen und amerikanischen Truppen in den Nahen Osten beantragten und 15.000 Fallschirmjäger für diesen Zweck mobilisierten, was die USA damals mit einer Alarmierung ihrer Atomstreitkräfte beantworteten. Heute scheinen sich die beiden Großmächte diesbezüglich bereits einig zu sein. Und Kreisky bezeichnete so etwas sogar als "Friedenssicherung"!

Die "Einigkeit", das Zusammenspiel der beiden Supermächte ist jedoch nur zweitrangig, untergeordnet. Derartige Manöver und Äußerungen dienen lediglich jedem der beiden Rivalen dazu, ihre jeweilige Position im unerbittlichen Kampf um die Weltherrschaft gegenüber den Positionen des Gegners zu festigen und auszubauen.

Europa im Würgegriff

Es geht hauptsächlich um Europa in dem nicht leicht zu durchschauenden Intrigenspiel der beiden Supermächte. Es geht faktisch um die "Strangulation" Westeuropas!

Sehen wir uns doch die Politik der beiden Supermächte in bezug auf Westeuropa an, wie sie in ihren letzten Dokumenten und Handlungen zum Ausdruck kommt.

Nehmen wir zuerst die USA: Kissinger sagt in "Business Week", die USA würden zur Waffengewalt greifen, falls die arabischen Erdölproduzenten wieder - im Falle einer neuerlichen israelischen Aggression - zu einem Erdölembargo schritten. Die Tatsachen aber besagen, daß Europa faktisch kaum etwas von diesem Embargo (= Lieferboykott) zu spüren bekam, weil es sich von der US-Politik unabhängig gemacht und selbständig freundschaftlich-neutrale Beziehungen zu den arabischen Ländern aufgenommen hat. Gerade diese Haltung bezeichnet Kissinger aber als Ausdruck von "Ohnmacht und Unsicherheit" der Westeuropäer, die lieber in der Macht Amerikas ihre Sicherheit suchen sollten, indem sie auf eine selbständige Politik gegenüber den Entwicklungsländern der Dritten Welt verzichten. Sie dürfen - so heißt es ausdrücklich in Kissingers Neujahrsinterview - nicht ohne vorherige Absprache mit den USA eine Konferenz zwischen Erdöl verbrauchenden und Erdöl produzierenden Ländern abhalten, wie es vor allem Frankreich verlangt hatte. Bei Lichte besehen, ist das ganze Kissinger-Interview dem Schein nach gegen die Araber gerichtet, in Wahrheit aber ein Erpressungsversuch gegenüber Westeuropa. Dieses ist keineswegs im Würgegriff der Araber, wie gerade der Oktoberkrieg 1973 und seine Folgen gezeigt haben; es wird durch die amerikanischen Erdölmonopole Rockefeller & Co. an der Kehle gepackt. Konkret in bezug auf Kissingers Kriegsdrohungen: Sie gelten angeblich einer Strangulation Westeuropas durch die Araber. Doch eine solche Strangulation fände tatsächlich erst dann statt, wenn die USA versuchen sollten, die Erdölfelder des Nahen Ostens militärisch zu besetzen. Dann nämlich - die Araber haben das unmißverständlich angekündigt! - würden diese Förderstätten von ihren einheimischen Besitzern gesprengt werden, was, sogar nach amerikanischen Analysen, einen Produktionsausfall für mehrere Monate nach sich ziehen könnte. Was das bedeuten würde, macht ein Kommentar der "Süddeutschen Zeitung" (die natürlich für einen solchen Eventualfall die Araber als die Schuldigen annimmt und eindeutig die Position der USA bezieht) klar: "In Europa würde nahezu die gesamte Produktion zusammenbrechen und hundert Millionen Arbeitslose auf der Straße liegen". Also - so wird an die Werktätigen Europas appelliert - vergattert euch um den US-Imperialismus für einen globalen Kolonialkrieg, um euer "nacktes Leben" zu retten! ("SZ", 14.1.1975)

Nehmen wir nun die UdSSR: In aller Eile haben die russischen Sozialimperialisten Mitte Jänner in Paris Vertreter ihrer revisionistischen Agenten und Ableger in Westeuropa zusammengetrommelt, um eine Stellungnahme gegen ihren Weltherrschaftskonkurrenten zu fabrizieren. Die - relativ kurze - Erklärung wurde am 17. Jänner in der "Volksstimme" veröffentlicht. Darin heißt es - unter Hinweis auf die europäische Adresse des Nahost-Erdöl-Interviews Kissingers - klipp und klar: "Die Staatsmänner Washingtons übten Druck auf Westeuropa aus und proklamierten ihre Entschlossenheit, um jeden Preis den politischen Status quo in diesem Teil der Welt (d.h. in Westeuropa - d.Red.) aufrechtzuerhalten." Dagegen fordern die westeuropäischen Revisionisten (einschließlich der - infolge materieller Abhängigkeit und hoffnungsloser innenpolitischer Schwäche wohl am meisten moskauhörigen - "K"PÖ) die "Entfaltung einer Politik der weltweiten (!) Zusammenarbeit", und sie meinen damit natürlich die völlige Unterordnung Westeuropas unter Moskaus Diktat! Die russischen Sozialimperialisten sind also offenkundig in die strategische Offensive übergegangen. Noch bis vor kurzem hatte es den Anschein, als würden die Kreml-Herren lediglich den Status quo von 1945 "zementieren" wollen, also praktisch eine Defensivposition einnehmen. Auch diese Haltung war äußerst reaktionär, weil sie eine Verewigung der Teilung Deutschlands enthielt und daher die - geschichtlich gesehen, d.h. die konkreten Formen der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten nicht berührenden - nationalen Interessen und Aufga-

---

Treffpunkt der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (ML):

Unser Lokal: Wien 20, Universumstraße 40

Jeden Dienstag ab 19 Uhr und jeden Freitag ab 18 Uhr

Diskussionen, Schulungen, Auskunft in sozial- und arbeitsrechtlichen Fragen

Besucher sind uns herzlich willkommen

ben des deutschen Volkes den Händen der Arbeiterklasse entriß und den reaktionärsten Kreisen des westdeutschen Monopolkapitals in die Hände spielte. Jetzt aber erklären die revisionistischen Renegaten im Kreml offen, daß sie es sind, die nach der Unterwerfung und Kolonisierung Osteuropas auch Westeuropa in ihre Fänge bekommen wollen! Das ist das Neue, das Alarmierende an der heutigen Situation!

Wenn also von "Strangulation" die Rede ist, dann kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Europa, speziell Westeuropa, dem Würgegriff der Supermächte, vor allem der russischen Sozialimperialisten, ausgesetzt ist!

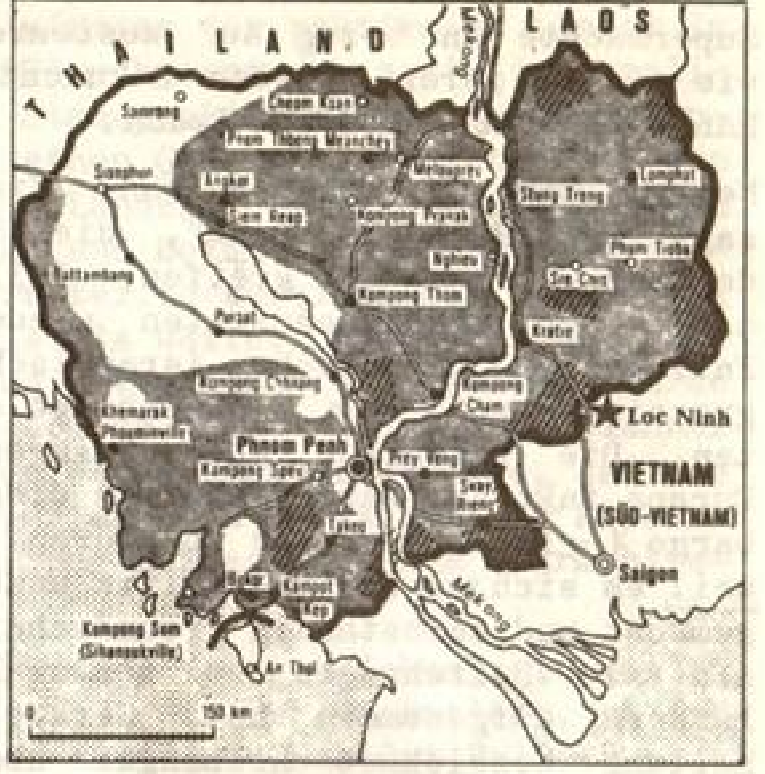
Wo ist der Platz Österreichs?

Neutralität und nationale Unabhängigkeit sind das erste und wichtigste Anliegen des ganzen österreichischen Volkes. Wir wollen unsere hart erkämpfte nationale Unabhängigkeit erhalten und festigen. Wir wollen gegenüber beiden Supermächten neutral sein, d.h. weder der einen noch der anderen dienen ("ne utrum" heißt "weder die eine noch der andere").Die herrschende Klasse unseres Landes hält es aber - wir von der VRA haben das wiederholt angeprangert - genau umgekehrt: "Diener beider Herren!" - das ist ihre faktische Parole.

In der Grundsatzerklärung der VRA wird eindeutig festgestellt, daß es für die österreichischen arbeitenden Menschen nur eine Alternative gibt: entweder wiederum - ein drittes Mal! - die Revolution verpassen (was diesmal nicht mehr 125.000 Tote wie im ersten Weltkrieg, auch nicht 450.000 wie im zweiten Weltkrieg, sondern gut die Hälfte unseres Volkes hinwegraffen würde) oder mit aller Entschlossenheit bis zur Bewaffnung des ganzen Volkes und der Führung eines konsequenten Volkskriegs, die Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes zu verteidigen.

So steht heute die Frage für alle jene, die sich als Revolutionäre betrachten. Wer sich darüber klar ist, der vertritt wahrhaft die Interessen unseres werktätigen Volkes und steht auf dem Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus, d.h. des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen. Wer bezüglich der außen- und wehrpolitischen Orientierung unseres Landes schwankt, der macht sich - ob er sich dessen bewußt ist oder nicht - zum Werkzeug der in- und ausländischen Reaktionäre. Das ist die Meinung der VRAÖ(ML). ●

Große Siege im neuen Jahr in Kambodscha . . .



Am 1. Jänner hat die Großoffensive der kambodschanischen nationalen Befreiungsstreitkräfte begonnen. Innerhalb weniger Tage konnten diese bereits eine stolze Bilanz ihrer Erfolge ziehen. Von allen Seiten stießen die Befreiungskämpfer auf Phnom Penh vor und fügten dem landesverräterischen Lon-Nol-Regime dabei empfindliche Schläge zu.

Im Norden drang die Befreiungsarmee bis auf 8 Kilometer an die Grenzen der Stadt vor, besetzte mehrere strategisch wichtige Höhen und befreite ein Gebiet mit mehreren zehntausend Einwohnern.

Im Westen und Südwesten Phnom Penhs wurden die Städte Ang Snuol und Bek Chan, beide weniger als 25 Kilometer von Phnom Penh entfernt, erobert, und die Lon-Nol-Clique mußte den Flughafen von Pochentong sperren.

Auf dem östlichen Ufer des Mekong überrannten die Freiheitskämpfer die Stellungen der Lon-Nol-Truppen, kesselten mehrere Einheiten des Feindes ein und kamen bis auf drei Kilometer an die Stadt heran.

Zugleich kontrolliert die Volksarmee jetzt den Mekong und hat damit dem Lon-Nol-Regime seinen wichtigsten Versorgungsweg genommen.

Innerhalb von vier Tagen - vom 1. bis zum 4. Jänner - sind 137 große und kleine Stützpunkte des Feindes erobert worden; im Norden Phnom Penhs wurde ein 150 Quadratkilometer großes Gebiet befreit. 16 Bataillone Lon Nols (das sind mehrere tausend Mann) wurden vernichtet, 1.000 Lon-Nol-Soldaten sind gefangengenommen worden. Unmengen von Waffen und Munition konnten erbeutet werden.

Damit haben die kambodschanischen Freiheitskämpfer im neuen Jahr eine überaus günstige Situation geschaffen und die Herrschaft der US-hörigen Lon-Nol-Clique gewaltig erschüttert. Lon Nol selber hat sich nach Kompong Som (Sihanoukville) am Meer abgesetzt, der "Ministerpräsident" Long Boret flüchtete ins kambodschanische Battambang an der thailändischen Grenze.

Die Intrige der US-Imperialisten, die Befreiungskämpfer zu "Friedenverhandlungen", d.h. zu einem Kompromiß und zur faktischen Legalisierung des Lon-Nol-Marionettenregimes zu bringen, ist nun vollends ins Wasser gefallen. Es ist so, wie es Norodom Sihanouk am 5. Jänner erklärte: "Die überaus gewaltige, machtvolle und siegreiche Offensive, welche von der Nationalen Befreiungsarmee des kambodschanischen Volkes gegen die Armee der Marionette Lon Nol, dieses gemeinen Mietlings der Vereinigten Staaten, um Phnom Penh durchgeführt wird, ist eine beredte und hinreichende Antwort an alle jene in der Welt, die noch immer die feste Entschlossenheit des kambodschanischen Volkes bezweifeln, mit der Waffe in der Hand und ohne Kompromiß bis zum Ende zu kämpfen - gegen den US-Imperialismus, diesen Aggressor und Neokolonialisten, und gegen dessen Handlanger, bis zum endgültigen Sieg." ●

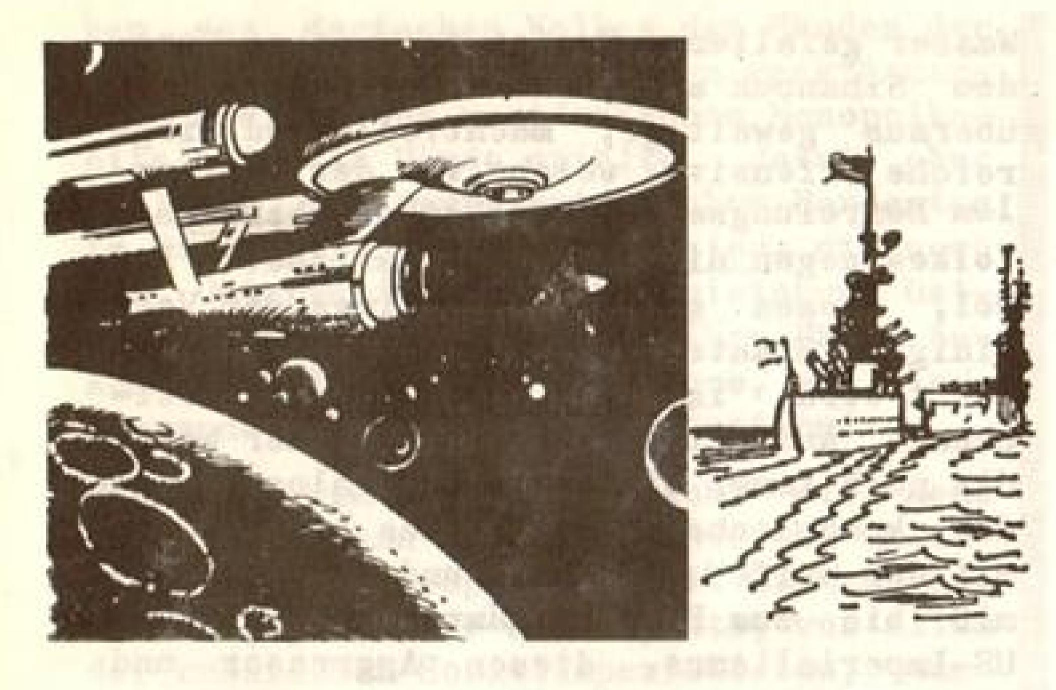
. . . und in Südvietnam



In der Nacht vom 3. auf den 4. Jänner beginnt der Angriff der südvietnamesischen Befreiungskämpfer auf die Provinzhauptstadt Phuoc Binh, von der aus Thieu wiederholt Angriffe auf die befreiten Gebiete durchgeführt hat. Als die Verteidigungslinien der Saigoner Söldner zu fallen beginnen, da erhebt sich auch die Bevölkerung Phuoc Binhs zum Sturz der Machtorgane des Feindes. Binnen zweier Tage befindet sich die Stadt in der Hand des Volkes. Thieu hat Tausende Soldaten verloren, darunter auch ein Bataillon Ranger und eine mechanisierte Kompanie. Gewaltige Mengen von Waffen und Material fallen den Befreiungskämpfern in die Hände.

Damit zeigt sich deutlich, daß im Süden Vietnams eine entscheidende Wende vor sich geht. In den vergangenen zwei Jahren, seit die US-Imperialisten zur Unterzeichnung des Pariser Vietnamabkommens gezwungen worden sind, hat sich gezeigt, daß diese ihre neokolonialistischen Pläne nicht aufgegeben haben. Unruhe stiften, scheitern, abermals Unruhe stiften, wieder scheitern und so weiter bis zu ihrem Untergang - das ist eben die Logik der Imperialisten. Die US-Imperialisten haben weiterhin ihre militärische Einmischung aufrechterhalten und zigtausende "Berater" unter verschiedenen Deckmänteln in Südvietnam belassen. Sie haben Thieu mit Waffen und Kriegsmaterial versorgt. Thieu hat in völliger Verletzung des Vietnamabkommens Tausende Angriffe gegen die Gebiete der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams unternommen, und er hat versucht, die befreiten Gebiete nach der "Salamitaktik" Stück für Stück zu vernichten. Dies war aber ein kompletter Fehlschlag. Saigon hat nur eines erreicht: Es hat klar und deutlich in einer zweijährigen Praxis der Weiterführung des Krieges und der brutalen Unterdrückung des Volkes gezeigt, daß ein Frieden in Unabhängigkeit und Freiheit in Südvietnam nur dann verwirklicht werden kann, wenn Thieu gestürzt ist, und wenn in Saigon jene Kräfte an die Macht kommen, die für die restlose Verwirklichung des Pariser Vietnamabkommens eintreten.

1974 haben sich die befreiten Gebiete Südvietnams entscheidend konsolidiert, die revolutionären Kräfte sind erstarkt und gefestigt wie nie zuvor. Unter den Vergeltungsschlägen der südvietnamesischen Befreiungsarmee wie auch unter dem Ansturm der Volksbewegung in den Saigoner Gebieten gerät die US-Nguyen Van Thieu-Clique heute in immer größere Schwierigkeiten. Von nun an wird es mit Thieu immer weiter bergab gehen, bis ihm das vietnamesische Volk endgültig die Rechnung für seine Verbrechen präsentiert. ●



Die Namensgleichheit zwischen dem Fernsehraumschiff „Enterprise" und dem atomgetriebenen US-Flugzeugträger „Enterprise" ist wahrscheinlich nur Zufall, aber beide Schiffe haben einen erstaunlich ähnlichen Aufgabenbereich:

Kanonenbootdiplomatie

Die Dämme sind geborsten, und die Nostalgiewelle, die sich jahrelang hauptsächlich modisch und musikalisch bemerkbar machte, schwappt jetzt auch wirtschaftlich und politisch über uns hinweg. Sogenannte Wirtschaftsexperten, die geistig ohnedies noch in der guten alten Zeit leben, drohen uns genüßlich mit der guten alten Arbeitslosigkeit, falls wir nicht brav sein sollten. Bürgerliche Politiker wiederum schwärmen von einer „Konzentrationsregierung" – was durchaus verständlich ist, weil sich ja bekanntlich schon 1934 das bürgerliche Lager zum „Konzentrations-Lager" gemausert hat. Na ja, und wo der Rückschritt angebetet wird, dort darf natürlich auch die politisierende Kirche nicht fehlen. Sie wünscht sich eine Auferstehung des Paragraphen 144, damit nicht nur das keimende Leben, sondern so wie früher dank der Mithilfe einer Engelmacherin auch gleich so manche Schwangere schnurstracks ins Jenseits kommt.

Daß unter solchen Umständen der Fernsehschirm ebenfalls nostalgisch flimmert, das ist wohl klar, denn im ORF sitzen nach wie vor die Märchenonkel vergangener Jahrzehnte. Und sogar dann, wenn uns diese Onkels – ganz neutral, ganz unpolitisch, versteht sich – Zukunftsvisionen vorgaukeln, sogar dann steckt noch die Sehnsucht nach Vergangenem darin. Das klingt absurd, aber falls Sie, lieber Leser, schon ein paar Folgen der Fernsehreihe *„Raumschiff Enterprise"* gesehen haben, dann wissen Sie, was utopische Nostalgie ist: ein bisserl Kanonenbootromantik im Weltraum.

Hier Centaurus. Wir brauchen Hilfe. Rasch!
Haben Sie das gehört, Käptn? Faszinierend!
Kirk
Spock

Die „Enterprise" ist nämlich das modernste photonengetriebene Raumschiff eines interplanetarischen Imperiums, und wenn aus irgendeiner Kolonie – sagen wir, im Sternbild Centaurus – ein Hilferuf ertönt, dann machen sich Käptn Kirk und sein spitzohriger Helfer Spock unverzüglich auf den Weg, um Ordnung zu schaffen.

Zumindest mittels Fernsehwelle bleibt die Welt also vorerst noch heil, was man von den Meereswellen nicht mehr behaupten kann. Spätestens im Jänner 1975 hat sich nämlich gezeigt, daß auch die amerikanische Kanonenbootpolitik nicht mehr das ist, was sie einmal war. Als der Saigoner Diktator Thieu eine Provinzhauptstadt an die südvietnamesische Befreiungsfront verlor, da rief er erwartungsgemäß um Hilfe. Und die Asphaltpresse – natürlich auch der „Kurier" – wartete nun freudig erregt darauf, daß die „Enterprise" Ordnung schaffen würde.

Die „Enterprise" ist nämlich das modernste Kriegsschiff eines supermächtigen Imperiums, und wenn aus irgendeiner Kolonie – sagen wir, aus Saigon – ein Hilferuf ertönte, dann wurde sie von Käptn Nixon und seinem schlitzohrigen Helfer Kissinger unverzüglich auf den Weg geschickt ... Na ja, auf den



Weg geschickt wurde sie diesmal auch von Käptn Ford, doch sie enttäuschte die nostalgischen Erwartungen des „Kurier" und fuhr an Vietnam vorbei – Richtung Naher Osten.

Die Erklärung dafür ist denkbar einfach: Der amerikanische Kongreß hat dem US-Präsidenten schon vor Monaten das Recht zu einem offiziellen Eingreifen in Vietnam entzogen. (Inoffiziell sind noch immer beziehungsweise schon wieder 25 000 Amerikaner bei Thieu.) Was beileibe nicht heißen soll, daß die Kongreßabgeordneten jetzt alle plötzlich Friedenstauben geworden wären. Gewiß nicht. Sie sind vielmehr kalt rechnende Geschäftsleute, die erkannt haben, daß für sie Vietnam infolge der dort erlittenen Niederlagen eine ungeheure Fehlinvestition war. Der nächste Krieg soll deshalb gewinnbringender geplant werden – wobei die tüchtigen Kalkulanten hier vor allem im Zusammenhang mit dem erdölreichen Nahen Osten an das gute alte Kanonenbootrezept denken. ●

Wieder Bomben auf Nordvietnam

Südvietnam flog Großangriff gegen Vietkonghauptstadt

Saigon. – Mehr als 120 Düsenflugzeuge der südvietnamesischen Luftwaffe haben die Hauptstadt des Vietkong nördlich von Loc Ninh bombardiert. Wie das Oberkommando in Saigon Donnerstag mit- ... durch

Einnahme der Provinz Phuoc Lon... hätten nur Nachschub

... buchen. Und keine ihre Gewinntende – die von 20.000 Menschen bewohnte Provinzhauptstadt Phuoc Long, 120 Kilometer von Saigon entfernt. Die Offensive der 7. ... namesische...

„Wieder Bomben auf Nordvietnam" — eine Schlagzeile aus dem Jahr 1965? Nein, eine (Kronen-) Zeitungsente vom Jänner 1975. Die von Thieus Luftwaffe bombardierte Stadt Loc Ninh liegt tief drunten im Süden Vietnams, gar nicht so weit entfernt von Saigon (siehe Karte auf Seite 10). Wobei es nun interessant zu wissen wäre, ob die Redakteure der „Kronen-Zeitung" hier eine sogenannte Freudsche Fehlleistung vollbracht haben (Wunschdenken) oder ob ihre geographischen Kenntnisse so dürftig sind wie die ihres Leitartiklers Ernst Trost, der von einer „Provinzhauptstadt Phuot Long" schrieb. (Gemeint war Phuoc Binh.)

7. Februar 1965:

Ein Jahrestag der Schande

für die beiden Supermächte

Zehn Jahre ist es her, seit Präsident Johnson den größten Flugzeugträger der Welt, den Atomriesen „Enterprise", in den Golf von Bac Bo entsandte. Am 7. Februar 1965 begann der totale Bombenkrieg gegen Nordvietnam. Die US-Flugzeuge warfen ihre Last „ausschließlich auf militärische Ziele", unter anderem auf Schulkinder, pflügende Bauern, Wohnviertel und Spitäler.

Zwei Tage vorher, am 5. Februar, war noch eine sowjetische Regierungsdelegation nach Hanoi unterwegs gewesen, und Ministerpräsident Kossygin hatte jeden Vietnamesen, der es hören wollte, seiner unverbrüchlichen Freundschaft und Waffenbrüderschaft versichert. Jetzt, als es ernst wurde, beschränkte sich die Hilfe des Bruders Kossygin allerdings auf papierene Proteste, welche dem US-Präsidenten höchstens einen Lacher kosteten. Die DR Vietnam konnte sich nur mit veralteter Flak zur Wehr setzen, ja die Miliz kämpfte sogar mit ganz gewöhnlichen Gewehren gegen Johnsons modernste Düsenjäger. Kein Wunder also, daß die gesamte kapitalistische Welt den Zusammenbruch der DRV binnen kurzer Zeit erwartete. In den jubelnden Chor der Reaktionäre aller Länder stimmte auch die sogenannte „Arbeiter-Zeitung" mit ein: „Obwohl die US-Angriffe förmlich über dem Kopf Kossygins stattfanden, der eben erst Hanoi seines vollen Schutzes versichert hatte, beschränkte er sich ... auf ein paar allgemein gehaltene Drohungen und schickte Nordvietnam nicht einmal jene rein defensiven Flugabwehrraketen und Überschalljäger, mit denen jeder amerikanische Einflug verhindert werden könnte ..."

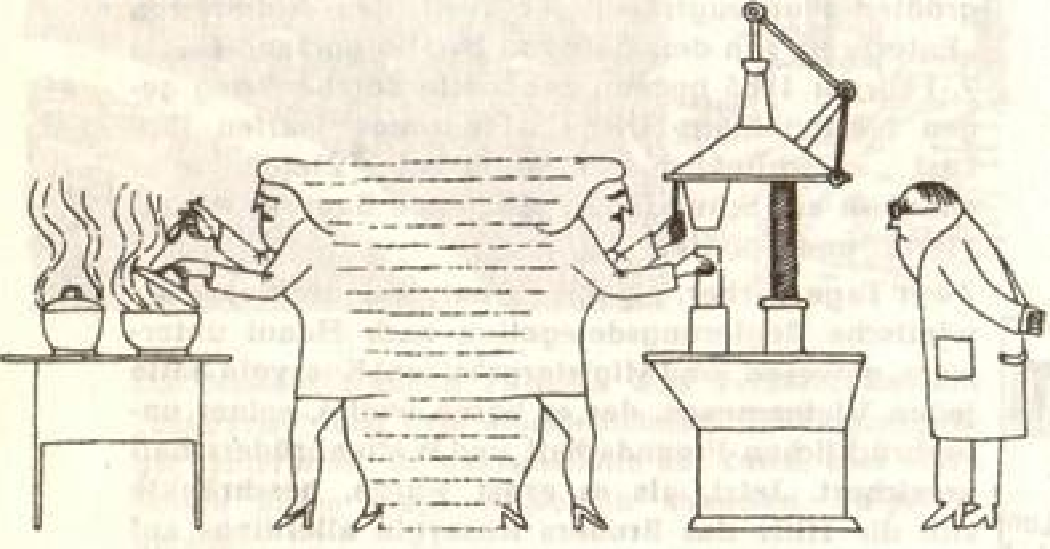
Trotz des Verrats der einen Supermacht hielten die Vietnamesen jedoch dem Angriff der andern Supermacht stand und holten im Lauf der Jahre allein über Nordvietnam 4000 Flugzeuge vom Himmel, bis Johnson-Nachfolger Nixon endlich den Bombenkrieg aufgeben und auch seine Truppen aus Südvietnam zurückziehen mußte. Die Saigoner Marionettenregierung wird zwar nach wie vor mit Kriegsgerät im Milliarden-Dollar-Wert versorgt, und ihre Luftwaffe — von amerikanischen Spezialisten gelenkt — bedroht weiterhin die Bevölkerung in den befreiten Gebieten Südvietnams, aber das Kräfteverhältnis hat sich seit 1965 eindeutig zuungunsten der Aggressoren verschoben.

Vor allem der Bombenregen auf Nordvietnam findet nur noch im Wunschdenken gewisser österreichischer Journalisten statt ... ●



Doppelte Belastung

Ein Leserbrief



Es wird so viel über Gleichberechtigung und Emanzipation der Frau geredet oder geschrieben, aber getan wird nichts.

Um sich wirklich zu emanzipieren, muß man einmal selbst Geld verdienen, damit man vom Mann unabhängig ist. Um dies zu können, muß man wiederum weitgehend von Haushalt und Kindern los können. Dies wäre jetzt die Aufgabe der Gesellschaft, entsprechende Einrichtungen zu schaffen. Einige gibt es ja. Aber 1. nicht genug und 2. nicht richtig organisiert.

Man kann zum Beispiel nicht arbeiten gehen, wenn man das Kind morgens erst um 8 Uhr in den Kindergarten hinbringen kann - wenn man überhaupt einen Platz bekommt - und schon wieder um halb zwölf abholen muß. Nachmittags ist es dann wieder dasselbe, nämlich Abholzeit entweder halb fünf oder fünf Uhr. Außer man hat jemanden, eine Oma zum Beispiel, die das erledigt. Aber leider hat nicht jeder so ein Glück.

Außerdem weiß ja jeder, daß die Frau in den meisten Fällen gezwungen wird mitzuarbeiten, damit überhaupt die Miete bezahlt werden und man halbwegs wie ein Mensch leben kann. Dazu gehört unter unseren Verhältnissen auch das Auto. Die heutigen Wohnsiedlungen sind menschenfeindlich, besonders für Kinder. Man muß also hinaus, sonst würde man in diesen einförmigen Ghettos "ersticken". Die öffentlichen Verkehrsmittel sind aber teuer und zeitraubend. Wenn man Kinder hat, wird man mehr oder weniger durch die Verhältnisse gezwungen, bei diesem Konsumkrampf mitzumachen.

Wenn also die Wohnsiedlungen humaner gestaltet würden, und für Kinder die entsprechenden Einrichtungen geschaffen würden, wie z.B. eine Ganztagsschule, ein Kindergarten, der um 7 Uhr anfängt, die Kinder dort auch zu Mittag essen und abends um 6 Uhr Abholzeit wäre, könnte jede Mutter beruhigt arbeiten gehen und hätte auch Freizeit, um sich politisch betätigen zu können. Wie gesagt, einige solcher Einrichtungen gibt es ja, aber viel zu wenig.

Die Kapitalisten brauchen natürlich die Frauen als Arbeitskraft für die Profite. Nur mehr ganz verknöcherte Konservative haben noch die Ansicht, daß die Frau ins Haus, in die Küche und zu den Kindern gehört. Es ist natürlich nicht im Interesse der herrschenden Wirtschaftsbosse, daß es solche Einrichtungen überall erschwinglich und in genügender Anzahl gibt. Sie beziehen uns Frauen nur solange in den Produktionsprozeß mit ein, solange sie uns brauchen. Und schaffen auch nur soviel Einrichtungen dazu, wie es unumgänglich ist. Außerdem bekommen wir unter sehr fadenscheinigen Argumenten nicht soviel Lohn wie die Männer, damit wir ja immer schön abhängig bleiben, und sie billige Arbeitskräfte haben. Brauchen sie uns nicht mehr, schieben sie uns wieder ab in die Küche.

In dieser Gesellschaft werden wir Frauen nie wirklich gleichberechtigt sein. Darum müssen wir diese Gesellschaft ändern und sie nach unseren Bedürfnissen und Wünschen gestalten.

I.B., Tirol

Die Krise des Kapitalismus

Kapitalismus bedeutet Krise und Existenzgefährdung, und solange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht, solange wird es immer wieder Krisen geben. Der Ausweg aus der Krisenbedrohung ist eben der Sozialismus, wo die arbeitenden Menschen selbst über ihr Schicksal bestimmen und wo nicht für den Profit einer Minderheit von Ausbeutern, sondern für die tatsächlichen Bedürfnisse des Menschen produziert wird.

Wie kommt es zur Krise, welche im Kapitalismus unvermeidlich ist? Die kapitalistischen Produktivkräfte dehnen sich immer mehr aus, bedingt durch die Vervollkommnung der Technik, die eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und eine Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums bedeutet. Dieser Reichtum, der von den arbeitenden Menschen geschaffen wird, kommt aber nicht diesen zugute, sondern in erster Linie der Kapitalistenklasse, einer ausbeuterischen Minderheit von Unternehmern und Managern (= bürokratischen Kapitalisten). Das hat ein Anwachsen der sozialen Ungleichheit zur Folge. Die Armen werden ärmer, die Reichen noch reicher. Stößt aber der gewaltige Ausdehnungsdrang des Kapitals an die Grenzen der finanziellen Konsumkraft der Massen, dann kommt eben die Krise, deren Lasten die arbeitenden Menschen tragen sollen. Zunehmende Unsicherheit für immer breitere Schichten der Arbeiterschaft, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit - das ist das Bild, welches die kapitalistischen Länder bieten. Und damit bedroht die kapitalistische Profitwirtschaft die arbeitenden Menschen, solange sie existiert.

Aber wer sollte das besser wissen als die Kapitalisten und ihre Strohmänner, die Politiker aller bestehenden Parteien. Sie wissen auch, daß Teile der Arbeiterschaft die wirklichen Zusammenhänge zu durchschauen beginnen.

Auf internationalem Gebiet verfolgt die herrschende Klasse Österreichs eine Politik des Dieners zweier Herren, leistet den beiden Supermächten Handlangerdienste und biedert sich dabei an den jeweils stärkere an. Da sie im russischen Sozialimperialismus die in Europa mächtigere Supermacht sehen, lehnen sie sich zusehends an ihn an. Um das Hereinbrechen der kapitalistischen Krise hinauszuzögern, gehen die österreichischen Kapitalisten auf die scheinheiligen Offerte der Kremlmachthaber zu "gigantischen Kooperationsabkommen" ein und sind bereit, um ihrer Profitinteressen willen die Neutralität und Unabhängigkeit unseres Landes zu verkaufen. Nach innen wälzen sie alle Lasten ihrer Mißwirtschaft auf die arbeitenden Menschen ab. Von uns verlangen sie, wir sollten "den Gürtel enger schnallen", wir sollten "Maßhalten", während sie selber die Preise, Tarife und Gebühren auf allen Gebieten in die Höhe schrauben. Gleichzeitig treffen die Machthaber auch Vorbereitungen, um eine Rebellion der arbeitenden Menschen zu unterdrücken. Da wird die Polizei ausgebaut, werden Übungen veranstaltet, "Wachkompanien" des Bundesheeres aufgestellt usw.

Dabei wäscht die herrschende Klasse ihre Hände in Unschuld, indem sie z.B. die erdölproduzierenden Länder für die krisenhafte Entwicklung verantwortlich macht, die in Wirklichkeit dem kapitalistischen System entspringt. Ähnlich verhält es sich mit den Versuchen, die Arbeiter und die arbeitende Bauernschaft gegeneinander auszuspielen. Werden die Lebensmittelpreise erhöht, dann ist angeblich "der Bauer" schuld, werden die Düngemittelpreise bzw. die Preise für landwirtschaftliche Geräte und Maschinen in die Höhe getrieben, dann sind angeblich die "unmäßigen Lohnforderungen" der Arbeiter, die "Araber" mit